



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ Frankfurt, 8. November 2012

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Aufgrund der hohen Energiepreise und gestiegener indirekter Steuern in einigen Euro-Ländern dürften die Inflationsraten im restlichen Jahresverlauf über der 2 %-Marke bleiben. Es wird erwartet, dass sie im kommenden Jahr unter diese Marke fallen und sich über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. In Übereinstimmung hiermit ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für das Eurogebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum dürfte schwach bleiben, obwohl sie weiterhin durch unseren geldpolitischen Kurs gestützt wird und sich das Vertrauen an den Finanzmärkten aufgrund unserer Beschlüsse zu den geldpolitischen Outright-Geschäften (Outright Monetary Transactions – OMTs) deutlich verbessert hat. Zugleich wird der Wirtschaftsausblick noch immer durch den notwendigen Prozess der Bilanzanpassungen in weiten Teilen des finanziellen und nichtfinanziellen Sektors und durch eine hohe Unsicherheit belastet. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Regierungen zur Stärkung des Vertrauens die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung haushaltspolitischer wie auch struktureller Ungleichgewichte entschlossen umsetzen und Restrukturierungen im Finanzsektor fortführen.

Der EZB-Rat bleibt seinem Ziel fest verpflichtet, die Einheitlichkeit seiner Geldpolitik zu wahren und die ordnungsgemäße Übertragung des geldpolitischen Kurses auf die Realwirtschaft im gesamten

Eurogebiet sicherzustellen. Wir haben schon zuvor darauf hingewiesen, dass wir bereit sind, OMTs durchzuführen. Sie werden dazu beitragen, extreme Szenarien zu vermeiden, und dadurch Bedenken in Bezug auf das Auftreten destruktiver Kräfte eindeutig verringern.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP des Euro-Währungsgebiets ging im zweiten Jahresviertel 2012 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem im vorangegangenen Vierteljahr ein Nullwachstum verzeichnet worden war. Für das zweite Halbjahr 2012 signalisieren die verfügbaren Indikatoren weiterhin eine schwache Wirtschaftstätigkeit. Die Daten zur Industrieproduktion wiesen zwar im Juli/August eine gewisse Widerstandsfähigkeit auf, doch die aktuellsten Umfragewerte für die Gesamtwirtschaft, die bis in das vierte Quartal reichen, deuten auf keine Verbesserungen zum Jahresende hin.

Mit Blick auf das kommende Jahr dürfte sich die Wachstumsdynamik nach wie vor schwach entwickeln. Sie wird weiter durch unsere konventionellen geldpolitischen Maßnahmen und unsere Sondermaßnahmen gestützt, doch der notwendige Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor sowie eine uneinheitliche weltwirtschaftliche Erholung dürften das Erholungstempo weiterhin dämpfen. Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet bleiben abwärtsgerichtet.

Die jährliche HVPI-Teuerungsrate für das Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Oktober 2012 auf 2,5 % nach 2,6 % im September und August. Angesichts der aktuellen Preise der Öl-Terminkontrakte könnten die Preissteigerungsraten auf einem erhöhten Niveau bleiben, bevor sie im Verlauf des kommenden Jahres wieder auf unter 2 % zurückgehen. Über die geldpolitisch relevante Frist dürfte der zugrunde liegende Preisdruck vor dem Hintergrund eines verhaltenen Wachstums im Euroraum und fest verankerter langfristiger Inflationserwartungen moderat bleiben. Das derzeitige Inflationsniveau sollte also weiterhin vorübergehender Natur sein. Wir werden die weitere Kosten-, Lohn- und Preisentwicklung auch künftig genau beobachten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind mittelfristig nach wie vor weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken bestehen im Zusammenhang mit weiteren Anhebungen indirekter Steuern aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem daraus, dass das Wachstum im Eurogebiet im Falle einer erneuten Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten schwächer ausfallen könnte als erwartet, und aus den resultierenden Folgen für die binnenwirtschaftlichen Komponenten der Inflation.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bleibt die Grunddynamik der monetären Expansion verhalten. Im September sank die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 auf 2,7 %, verglichen mit 2,8 % im August. Die monatlichen Abflüsse aus M3 spiegelten teilweise die Umkehr von Portfolioumschichtungen zugunsten der liquidesten Komponenten von M3 wider. Dementsprechend

sank die jährliche Zuwachsrate der Geldmenge M1 im September auf 5,0 %, verglichen mit 5,2 % im August. Gleichzeitig konnten wir beobachten, dass sich die Einlagenbasis der Banken in einigen Ländern, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, vor dem Hintergrund eines gestiegenen Anlegervertrauens im Euro-Währungsgebiet erhöhte.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor verringerte sich weiter auf -0,4 % im September (nach -0,2 % im August). Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf eine erneute Nettotilgung von Buchkrediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen, wodurch die Jahresänderungsrate dieser Ausleihungen von -0,5 % im August auf -1,2 % im Berichtsmonat sank. Die jährliche Zuwachsrate der MFI-Kreditvergabe an private Haushalte blieb im September mit 0,9 % unverändert. Die verhaltene Entwicklung der Kreditvergabe ist weitgehend Ausdruck der schwachen Aussichten für das BIP, einer erhöhten Risikoaversion sowie anhaltender Bilanzenanpassungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen; alle diese Faktoren dämpfen die Kreditnachfrage. Zugleich wird das Kreditangebot in einer Reihe von Euro-Ländern durch die Segmentierung der Finanzmärkte und Kapitalengpässe bei den Banken eingeschränkt. Die aktuellen Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft für das dritte Quartal 2012 untermauern diese Einschätzung.

Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, sowohl eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft als auch die Normalisierung aller Finanzierungskanäle zu unterstützen und somit zur angemessenen Transmission geldpolitischer Impulse auf die Finanzierungsbedingungen des nichtfinanziellen Sektors in den einzelnen Ländern des Euroraums beizutragen. Daher ist es wichtig, dass die Widerstandsfähigkeit der Banken weiterhin erhöht wird, sofern dies erforderlich ist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Preise der wirtschaftlichen Analyse zufolge auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Andere wirtschaftspolitische Bereiche müssen einen substanziellen Beitrag zur Gewährleistung einer weiteren Stabilisierung der Finanzmärkte und einer Verbesserung der Wachstumsaussichten leisten. **Strukturenreformen** sind von entscheidender Bedeutung, um das Wachstumspotenzial der Euro-Länder sowie die Beschäftigung zu erhöhen. Darüber hinaus sind politische Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften des Eurogebiets erforderlich, um den anhaltenden Prozess des Abbaus bestehender Ungleichgewichte zum Abschluss zu bringen. Bei der Korrektur der Lohnstückkosten und der Leistungsbilanzungleichgewichte werden derzeit sichtbare Fortschritte erzielt. Gleichwohl sind weitere Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktflexibilität und der Mobilität der Arbeitskräfte im gesamten Euroraum geboten. Derartige Strukturmaßnahmen würden auch die Haushaltskonsolidierung sowie die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung ergänzen

und unterstützen. Was die **Finanzpolitik** betrifft, so gibt es eindeutige Belege, dass die Konsolidierungsanstrengungen in den Euro-Ländern Früchte tragen. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Bemühungen um Wiederherstellung solider Haushaltspositionen unter Einhaltung aller im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der Empfehlungen des Europäischen Semesters 2012 eingegangenen Verpflichtungen fortgesetzt werden. Die uneingeschränkte Einhaltung des gestärkten finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU, einschließlich der zügigen Umsetzung des Fiskalpakts, wird ein klares Signal an die Märkte senden und das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen stärken.

Der EZB-Rat nimmt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, die am 18. Oktober 2012 verabschiedet wurden, zur Kenntnis. Im Rahmen der Maßnahmen zur Erzielung eines integrierten Finanzrahmens begrüßt er insbesondere die Zielsetzung, sich bis zum 1. Januar 2013 auf den rechtlichen Rahmen für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus zu einigen, damit dieser im Jahresverlauf 2013 seine Arbeit aufnehmen kann.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.